Schweizerische Volkspartei
Kanton Basel-Stadt

SVP Basel-Stadt, CH-4000 Basel
Tel. 061 260 29 15, Fax 061 260 29 19
info@svp-basel.ch, www.svp-basel.ch

Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend „keine Asylunterkünfte mehr in Wohnquartieren“

Das anhaltende Asylchaos und die vom Staatssekretariat für Migration SEM für das Jahr 2024 erwartete hohe Zahl an Asylmigranten von zwischen 30‘000 und 40‘000 Personen hat massive Auswirkungen auf Gemeinden und Kantone. Einzelne Kantone haben deshalb bereits den Asyl-Notstand ausgerufen, weil sie insbesondere mit der Unterbringung von Asylmigranten überfordert sind und keine geeigneten Liegenschaften mehr finden.

Der Kanton Basel-Stadt ist von dieser anhaltenden Migrationswelle ebenfalls stark betroffen, weshalb er in den vergangenen Wochen gleich zwei neue Asylunterkünfte eröffnen musste. So wurde anfangs 2024 das Hochhaus an der Heuwaage als weitere Asylunterkunft (erneut) in Betrieb genommen. Dort sollen gemäss Antwort des Regierungsrates auf die Interpellation Joël Thüring (Nr. 24.5116) bis mindestens Ende Januar 2025 bis zu 120 Asylmigranten v.a. aus der Türkei, Syrien, Afghanistan und afrikanischen Staaten untergebracht werden.

Ende Mai 2024 kommunizierte das WSU, dass eine weitere Asylunterkunft in der Inselstrasse eröffnet werden soll - nachdem im Kleinbasel bereits im vergangenen Jahr im Geviert Erlenmatt eine Unterkunft eröffnet wurde. Die Unterkunft an der Inselstrasse wird Platz für 150 Asylmigranten bieten, wobei auch diese vornehmlich aus den o.g. Staaten kommen. Der Kanton mietet das Gebäude bis Ende Januar 2027. Vorgesehen war von der Eigentümerschaft ursprünglich, dass nach der Kündigung der bisherigen Mieterschaft (infolge Sanierung), die v.a. bisherigen Mietparteien wieder einziehen können. Dieser Plan wurde aufgegeben und stattdessen ziehen nun Asylmigranten ein. Damit findet neuerdings eine Verdrängung von langjährigen Mietern aus preisgünstigen Wohnungen statt.

Gleichzeitig wird die Quartierbevölkerung zunehmend durch die Schaffung neuer Asylunterkünfte verunsichert. Oft müssen Sicherheitsdienste patrouillieren und für Ruhe und Ordnung sorgen und mindestens das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung schwindet. Es ist zudem festzustellen, dass eine enorme Massierung von Unterkünften in einigen wenigen Wohnquartieren entstanden ist, welche so für das Zusammenleben und das Sicherheitsempfinden nicht förderlich ist.

Dies wäre nicht notwendig, wenn das Asylchaos endlich behoben werden würde resp. der Kanton zur eigentlich vorgesehenen Unterbringung von Asylmigranten in Zivilschutzanlagen übergehen würde.

Die Motionäre ersuchen den Regierungsrat daher Massnahmen zu ergreifen und sicherzustellen, dass keine neuen Asylunterkünfte in Wohnquartieren mehr errichtet werden und keine diesbezüglichen Wohnungen angemietet werden. Es ist stattdessen für alternative Unterbringungsmöglichkeiten zu sorgen.

Schweizerische Volkspartei
Kanton Basel-Stadt

SVP Basel-Stadt, CH-4000 Basel
Tel. 061 260 29 15, Fax 061 260 29 19
info@svp-basel.ch, www.svp-basel.ch

Motion Beat K. Schaller und Konsorten betreffend „Notlage im Asylwesen ausrufen“

Angesichts des anhaltenden Asylchaos haben verschiedene Kantone, so auch im März 2024 der Kanton Luzern, die Notlage im Asylwesen ausgerufen. Mit der Ausrufung der Notlage können alle involvierten kantonalen Dienststellen rascher agieren und benötigte Ressourcen bereitstellen, wenn bspw. keine Unterkünfte mehr bereitstehen und wie anhin sehr viele Personen mit Asylstatus dem Kanton zugewiesen werden.

Gleichzeitig soll mit der Ausrufung eines sogenannten Asyl-Notstandes bspw. auch eine Taskforce im Asyl- und Flüchtlingsbereich geschaffen werden, welche alle relevanten Akteure verbindet. Hierfür kann die Kantonale Krisenorganisation KKO oder eine andere Organisationsform gewählt werden. Dies bietet sich insbesondere deshalb an, weil angesichts der anhaltend hohen Migrationszahlen für die Unterbringung nicht mehr Unterkünfte in den Wohnquartieren, sondern andere Möglichkeiten, welche die Bevölkerung nicht so direkt tangieren, vorgesehen werden müssen. Die Aufgaben der Taskforce sollen sich aber nicht nur auf die Organisation von Unterkünften beschränken, sondern sie soll für die ganze Bandbreite der mit der Migration einhergehenden Probleme Lösungen erarbeiten.

Hierfür sind entsprechende personelle Ressourcen seitens des Kantons raschmöglichst vorzusehen, weshalb die Ausrufung der Notlage angebracht erscheint, um der Problematik Herr zu werden.

Die Motionäre ersuchen den Regierungsrat daher, umgehend die Asyl-Notlage auszurufen und eine Taskforce zu bilden, welche sämtliche Problemstellungen erfasst und unbürokratisch Lösungen findet.

Schweizerische Volkspartei
Kanton Basel-Stadt

SVP Basel-Stadt, CH-4000 Basel
Tel. 061 260 29 15, Fax 061 260 29 19
info@svp-basel.ch, www.svp-basel.ch

Anzug Patrick Fischer und Konsorten betreffend „Überprüfung hoheitlicher Aufgaben zur Entlastung der Kantonspolizei“

Der anhaltend hohe Unterbestand bei der Kantonspolizei Basel-Stadt ist besorgniserregend. Diverse Massnahmen, welche bisher vom Regierungsrat oder dem Grossen Rat beschlossen wurden, haben bis heute nicht gross Wirkung entfaltet. Auch die temporäre Arbeitsmarktzulage für Mitarbeitende des Korps bei der Kantonspolizei hat das Problem nicht entschärft. Der Unterbestand beträgt noch immer 120 Vollzeitstellen (Stand 31.12.23) und hat zur Folge, dass die Kantonspolizei ihre Arbeit angesichts der anhaltend hohen Belastung priorisieren muss. So werden heute schon einzelne Beschwerden oder Reklamationen, wie bspw. Lärmklagen, nachrangig behandelt, damit die Polizei ihren Kernauftrag – die Aufrechterhaltung der Sicherheit im Kanton – erfüllen kann.

Diverse weitere hoheitlichen Aufgaben wurden in den vergangenen Jahren der Polizei – auch via Übertretungsstrafgesetz – aufgebürdet. Einige davon, wie bspw. das Bettelverbot, erweisen sich dabei als sinnvoll. Andere Aufgabengebiete sind jedoch zu hinterfragen resp. in den Raum zu stellen, ob durch Auslagerungen an Dritte, einen Verzicht oder durch Automatisierungen von Prozessen (sogenannte RPA-Technologie) Abläufe vereinfacht und die Kantonspolizei so entlastet werden kann – wobei sichergestellt bleiben muss, dass die Überwachung und Aufsicht dieser Tätigkeiten bei der Kantonspolizei verbleiben.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat daher zu prüfen und zu berichten, welche hoheitlichen Aufgaben im o.g. Sinne von der Kantonspolizei abgetreten resp. aufgegeben werden könnten. Sichergestellt werden muss dabei, dass die Überwachung und Aufsicht bei der Kantonspolizei verbleiben.

Schweizerische Volkspartei
Kanton Basel-Stadt

SVP Basel-Stadt, CH-4000 Basel
Tel. 061 260 29 15, Fax 061 260 29 19
info@svp-basel.ch, www.svp-basel.ch

Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend „Sicherheitsempfinden der Bevölkerung durch Massnahmen bei Brücken, Unterführungen u.Ä. stärken“

Diverse Studien belegen, dass das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung massgeblich gesteigert werden kann, wenn u.a. bauliche Massnahmen an Orten, welche für viele Menschen besonders in den Abendstunden zu Unbehagen führen, angedacht und umgesetzt werden. Zu solchen Orten zählen neben Brücken auch Unterführungen, Parkanlagen und andere Orte.

Bereits im vergangenen Jahr wurden deshalb zwei SVP-Vorstösse überwiesen, welche bauliche Massnahmen und Verbesserungen im Geviert Kaserne/Dreirosen (Anzug Joël Thüring, Nr. 23.5253) und Beleuchtungsmassnahmen von Parkanlagen (Anzug Daniela Stumpf Rutschmann, Nr. 23.5463) vorsehen. Der Kanton seinerseits hat erste, sanfte, Massnahmen bspw. beim Lohweg (Durchgang zwischen Steinenvorstadt und Nachtigallenwäldli) ergriffen, da es sich hierbei subjektiv und objektiv um einen Kriminalitätshotspot handelt.

Die Anzugsstellenden bitten den Regierungsrat, analog den o.g. Anzügen und Forderungen sowie den bereits durchgeführten Verbesserungsmassnahmen am Lohweg, weitere (u.a. auch bauliche) Massnahmen bei Brücken, Unterführungen u.Ä. im gesamten Kantonsgebiet zu prüfen und zu ergreifen, damit das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung gesteigert werden kann.

Schweizerische Volkspartei
Kanton Basel-Stadt

SVP Basel-Stadt, CH-4000 Basel
Tel. 061 260 29 15, Fax 061 260 29 19
info@svp-basel.ch, www.svp-basel.ch

SVP Basel-Stadt

Interpellation Felix Wehrli betreffend „Polizeiliche Kriminalstatistik 2023 – welche Massnahmen werden nun ergriffen?“

Die Kriminalstatistik 2023 des Kantons Basel-Stadt ist besorgniserregend: Erneut ist Basel-Stadt der kriminellste Kanton, Basel die gewalttätigste Stadt der Schweiz. Kein anderer Kanton ist also gefährlicher, keine andere Stadt unsicherer.

So schwingt Basel-Stadt mit 145,2 Straftaten / 1‘000 Einwohner deutlich obenaus. Die Zunahme gegenüber 2022 lag bei 13%. Der immer als Vergleichsbeispiel herangezogene Kanton Genf ist mit 93,5 Straftaten (Platz 2) deutlich weniger kriminell. Auch im Städtevergleich liegt Basel mit 13,2 Straftaten pro 1‘000 Einwohner deutlich an der Spitze – gefolgt von Fribourg (12,1), Lausanne (10,9) sowie Zürich und Genf mit je 10,6.

Insbesondere diese Vergleiche belegen sehr deutlich, dass Basel-Stadt ein generelles Kriminalitätsproblem hat, welches nicht nur mit dem Umstand begründet werden kann, dass es sich bei Basel um eine Grenzstadt handelt. Besorgniserregend ist auch, dass nicht nur die Verstösse gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz (v.a. illegale Einreisen) um 80% zugenommen haben, sondern auch die Fallbelastung bei der Jugendanwaltschaft infolge Delikte von Jugendlichen massiv zugenommen haben.

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche konkreten Schritte und Massnahmen wurden seit der Publikation der Statistik seitens Regierungsrats eingeleitet?
2. Hat sich die Situation seit Veröffentlichung des Berichts, insbesondere also in den ersten fünf Monaten des Jahres 2024, substanziell verbessert oder verschlechtert?
3. Wie interpretiert der Regierungsrat die sehr hohen Zahlen bei den Verstössen gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz und welche konkreten Massnahmen sieht er vor, nachdem er in der Vergangenheit mehrfach Forderungen nach Grenzkontrollen abgelehnt hat?
4. Wie interpretiert der Regierungsrat die sehr hohen Zahlen und den Anstieg von Fällen der Jugendkriminalität und welche spezifischen Massnahmen will er ergreifen?
5. Weshalb sind die Zahlen in den allermeisten Bereichen, auch im Vergleich mit anderen Kantonen und/oder Städten, derart hoch?
6. Wo ortet er die Hauptprobleme?
7. Sieht der Regierungsrat eine Verbindung dieser hohen Kriminalitätszahlen und dem anhaltenden Asylchaos? Falls nein, bitte um Begründung.
8. Befindet sich der Regierungsrat im Austausch mit anderen Kantonen und Städten?

Schweizerische Volkspartei
Kanton Basel-Stadt

SVP Basel-Stadt, CH-4000 Basel
Tel. 061 260 29 15, Fax 061 260 29 19
info@svp-basel.ch, www.svp-basel.ch

SVP Basel-Stadt

Interpellation Gianna Hablützel-Bürki betreffend „Versicherung von Asylbewerbern bei den Krankenkassen - Transparenz über Kosten der Kantone“

Der Regierungsrat hat im April 2023 meine gleichlautende Interpellation Nr. 23.5136.01 mit den Zahlen bis und mit 2022 beantwortet. Die von ihm gemachte Aufschlüsselung der Kosten für den baselstädtischen Steuerzahler war sehr aufschlussreich.

Die nachstehende Tabelle aus der Interpellationsbeantwortung enthält die gesamthaft bezahlten Krankenversicherungsprämien und Kostenbeteiligungen der von der Sozialhilfe unterstützten Personen mit Status N, F und S (in Franken):

	2010	2015	2020	2022
Status N				
Prämien Krankenversicherung	1'122'795	1'026'436	522'596	242'541
Status F				
Prämien Krankenversicherung	552'368	1'685'207	3'373'425	3'670'611
Franchisen und Selbstbehalte	49'096	123'029	288'103	321'788
Status S				
Prämien Krankenversicherung	-	-	-	4'668'303
Franchisen und Selbstbehalte	-	-	-	238'478

Nachstehende Tabelle enthielt zudem die gesamthaft bezahlten Gesundheitskosten der von der Sozialhilfe unterstützten Personen mit Status N, F und S, welche nicht von der Grundversicherung gedeckt sind. Diese Kosten kommen somit zu den in der obigen Tabelle ausgewiesenen Krankenversicherungsprämien und Kostenbeteiligungen dazu:

	2010	2015	2020	2022
Status N				
Gesundheitskosten	132'971	169'795	56'783	50'454
Status F (B/F)				
Gesundheitskosten	98'682	250'789	406'521	399'357
Status S				
Gesundheitskosten	-	-	-	826'430

Ich bitte den Regierungsrat daher um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie hoch waren die Prämien für die Versicherung von Personen aus dem Asylbereich im Jahr 2023 (bestehende Tabelle ergänzen, differenziert nach Status F, N und S).
2. Wie hoch war der Selbstbehalt im gleichen Zeitraum?
3. Ich bitte zudem um Ergänzung der zweiten Tabelle für das Jahr 2023 in Bezug auf die gesamthaft bezahlten Gesundheitskosten der von der Sozialhilfe unterstützten Personen mit Status N, F und S, welche nicht von der Grundversicherung gedeckt sind.

Schweizerische Volkspartei
Kanton Basel-Stadt

SVP Basel-Stadt, CH-4000 Basel
Tel. 061 260 29 15, Fax 061 260 29 19
info@svp-basel.ch, www.svp-basel.ch

Schriftliche Anfrage Lorenz Amiet betreffend „Schwerpunktaktion Kleinbasel – umfassender Bericht zu den Kontrollen“

Mit täglichen Kontrollen und anderen Aktionen hat die Kantonspolizei im März und April 2024 im unteren Kleinbasel eine Kampagne gegen Gewalt-, Drogen- und Eigentumsdelikte durchgeführt.

Gemäss Mitteilung vom 30.05.2024 wurden bei der zweimonatigen Schwerpunktaktion insgesamt 1‘340 Personenkontrollen durchgeführt. Die kontrollierten Personen stammten aus insgesamt 57 Staaten, gut 40% der Kontrollierten waren männlich und zwischen 15 und 24 Jahre alt. Die Personenkontrollen führten zu insgesamt 112 Festnahmen, wobei es sich bei den Festgenommenen bei 36 Personen um algerische, bei 24 Personen um marokkanische und bei 52 Personen um sonstige Staatsangehörige handelte. Gut die Hälfte dieser Personen wurde wegen Verstoss gegen das Ausländer- und Integrationsgesetz festgenommen und nach entsprechender Sanktionierung (Ausgrenzung/Verzeigung) in die Kantone zugeführt, die für den Vollzug der Wegweisung zuständig sind. Weitere Verhaftungen erfolgten – immer gemäss JSD – aufgrund von Eigentumsdelikten und Verhaftungsausschreibungen.

Zur Vervollständigung des Bildes bitte ich den Regierungsrat um folgende weitere Informationen zur genannten Schwerpunktaktion:

1. Bitte schlüsseln Sie die Verhaftungen einzeln nach Nationalität und nach Status auf und geben Sie dabei an, wer sich davon illegal in der Schweiz resp. im Kanton Basel-Stadt aufgehalten hat.
2. Wie viele der insgesamt 112 Festgenommenen hatten den Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt, ausserkantonal und im Ausland (bitte einzeln aufführen, inkl. Nationalität und Alter)
3. Wie viele dieser Personen wurden ohne gültigen Aufenthaltstitel in der Schweiz festgestellt und wohin wurden diese illegalen Asylmigranten zurückgeführt resp. direkt ausgeschafft (bitte einzeln, auch nach Nationalität und Alter aufschlüsseln)?
4. Wegen welchen weiteren Delikten, ausser Verstössen gegen das AIG, wurden Personen festgenommen (bitte einzeln aufschlüsseln, inkl. Nationalität und Alter der Festgenommen)?
5. Wie viele der Festgenommenen sind in Asylunterkünften im Kanton Basel-Stadt untergebracht (bitte ebenfalls einzeln aufschlüsseln)?
6. Was sind aus Sicht des Regierungsrates die Hauptursachen dafür, dass sich unter den Festgenommenen derart viele Personen aus Marokko und Algerien befinden und mit welchen konkreten Massnahmen will der Regierungsrat diese Zahl in Zukunft deutlich reduzieren?
7. Haben fehlende Grenzkontrollen Einfluss auf die hohe Zahl an Delikten? Ich bitte um eine begründete Antwort.
8. Betrachtet die Regierung diese Schwerpunktaktion insgesamt als Erfolg und plant sie zu wiederholen?